



*Ausgabe: Juni 2020*

## **Demokratie-Newsletter**

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie» .....	2
2. Gerichtsurteile .....	3
2.1 Bundesgericht .....	3
2.2 Kantonale Entscheide .....	4
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) .....	4
3. Neue Volksinitiativen .....	4
4. Publikationen .....	5
5. Dokumentation und Kontakt .....	6



## 1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»



04.06.2020

Schwarzenbachs langer Schatten – Vor fünfzig Jahren haben die Schweizer Männer die «Initiative gegen Überfremdung» knapp verworfen. Die Erinnerung an die Opfer der damaligen Hetzkampagnen ist umso wichtiger, wenn Ende September über die «Begrenzungsinitiative» der SVP abgestimmt wird. ([Link](#))

NZZ

11.06.2020, S. 12

Die Krankenkassenlobby siegt, die Pflegenden ziehen den Kürzeren – Der Ständerat kommt den Verfechterinnen der Pflegeinitiative nicht entgegen und riskiert eine Volksabstimmung zum populären Anliegen. Umstritten ist insbesondere, wie viel Macht die Krankenkassen in Pflegebelangen erhalten sollen. ([Link](#))

NZZ

15.06.2020 (nur digital)

Lobbywatch: Viele Parlamentsmitglieder deklarieren ihre Einkünfte – Mehr als die Hälfte der neuen Parlamentsmitglieder haben ihre Einkünfte deklariert. Dies geht aus der am Montag publizierten Transparenzliste 2020 von Lobbywatch.ch hervor. ([Link](#))

NZZ

19.06.2020, S. 13

Bundesratswahlen – von den Neuenburgern lernen – Die zukünftige Verteilung der Bundesratssitze ist eine eminent machtpolitische Frage, bei der jede Partei ihre eigenen Ansprüche zu maximieren versucht. Umso wichtiger ist es deshalb, aufzuzeigen, welche Verfahren zu fairen Ergebnissen im Interesse möglichst vieler führen und wie wir aus unseren föderalen Erfahrungen lernen können. ([Link](#))

**Aargauer  
Zeitung**

22.06.2020

Initiativkomitee bricht Unterschriftensammlung für ein E-Voting-Moratorium ab – Die Initiative für ein E-Voting-Moratorium kommt nicht zustande. Das Komitee konnte in den letzten Monaten kaum Unterschriften sammeln. Zudem erachtet es ein Teil seiner Ziele als bereits erreicht. ([Link](#))

**BaZ**

23.06.2020

Bund überarbeitet Grundlagen für E-Voting-Versuch – Bis Ende des Jahres soll eine Neuausrichtung der elektronischen Stimmabgabe stehen. Die geplante Initiative für ein fünfjähriges Moratorium ist vorläufig vom Tisch. ([Link](#))



25.06.2020

Wahlkampf mit Blut an den Händen – Präsident Andrzej Duda und die rechtsnationale PiS wollen mit der Diskriminierung von Homosexuellen und Queers WählerInnen für ihren autoritären Kurs gewinnen. Doch überall, wo es rechte Hetze gibt, formiert sich Gegenprotest und Solidarität. ([Link](#))



**NZZ** 26.06.2020 (*nur digital*)  
Zusätzlicher Sitz für GLP nach Betrug bei Thurgauer Grossratswahl – Bei den Thurgauer Grossratswahlen im vergangenen März ist es im Bezirk Frauenfeld zu einer Wahlfälschung gekommen. Zwischen 86 und 99 Wahlzettel der GLP wurden vernichtet und illegal durch SVP-Zettel ersetzt. Das Wahlergebnis muss korrigiert werden. ([Link](#))

**Aargauer Zeitung** 29.06.2020  
Referenden und Initiativen ab Stange: SVP-Hauswerber und Ex-Lobbyistin wollen das Business mit der direkten Demokratie aufmischen – SVP-Hauswerber Alexander Segert und Ex-Lobbyistin Susanne Brunner steigen mit einer Firma ins Geschäft mit den Volksrechten ein. ([Link](#))

## 2. Gerichtsurteile

### 2.1 Bundesgericht



*Urteil des Bundesgerichts vom 15. Mai 2020 (1C 642/2020) (franz.)*

Die Beschwerdeführenden wehren sich gegen einen Entscheid des Kantonsgerichts Wallis. Dieses hatte zuvor eine Verfügung des Gemeinderats von Monthey geschützt, in welchem ein Referendum als gescheitert festgestellt wird, mangels genügend Unterschriften. Das Referendum richtete sich gegen einen kommunalen Erlass zur Abfallentsorgung. Sie rügen, dass die Praxis der Gemeinde, lediglich die entsprechende Entscheidung des kommunalen Legislativorgans zu publizieren, nicht jedoch den Erlass selbst, das einschlägige kantonale Recht verletze. Das Bundesgericht befindet nach einer systematischen Auslegung, dass das Kantonsgericht ohne Willkür das kantonale Recht so auslegen durfte und dass die Publikation des Beschlusses mit einem Verweis auf den Ort, wo der Erlass konsultiert werden könne, gesetzeskonform sei. Auch die beanstandeten Informationsveranstaltungen der Gemeinde hielten die Anforderungen von Art. 34 BV ein. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



*Urteil des Bundesgerichts vom 15. Mai 2020 (1C 148/2020) (ital.)*

Die Beschwerdeführenden gelangen schon zum zweiten Mal ans Bundesgericht, nachdem ihre Beschwerde gegen einen Entscheid des Verwaltungsgerichts Graubünden bezüglich der Gemeinderatswahl in Roveredo vom 28. Oktober 2018 gutgeheissen und in der Folge zur Neuentscheidung im Sinne der Erwägungen an die Vorinstanz zurückgewiesen wurde ([1C 396/2019](#)). Das Verwaltungsgericht bestätigte in der Folge seinen vom Bundesgericht kassierten Entscheid. Das Bundesgericht sieht es als nicht zulässig an, dass das Verwaltungsgericht nochmals neue Argumente erwogen hat, anstatt strikt nach seinen Erwägungen zu entscheiden. Es heisst die Beschwerde wiederum gut, hebt den vorherigen Entscheid auf und weist die Sache zur Neuentscheidung im Sinne der Erwägungen ans Verwaltungsgericht Graubünden zurück.



*Urteil des Bundesgerichts vom 19. Mai 2020 (1C 196/2020) (franz.)*

Der Beschwerdeführer macht Unregelmässigkeiten im Zusammenhang mit dem Kandidaturenmeldeverfahren für die Staatsrat-Ersatzwahlen des Kantons Waadt vom 9. Februar 2020 geltend. Nachdem bereits alle Vorinstanzen, mangels Beschwerdelegitimation aufgrund fehlendem Wohnsitz im Kanton Waadt, nicht eingetreten sind, tritt auch das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde ein.



*Urteil des Bundesgerichts vom 22. Mai 2020 (1C 39/2019)*

Der Beschwerdeführer ficht einen Entscheid des Verwaltungsgerichts Zürich an, welcher einen Entscheid des Bezirkrats Zürich über die Ungültigkeitserklärung der Initiative „Züri Autofrei“ der JUSO Stadt Zürich aufgehoben hatte. Das Bundesgericht kommt in seiner Auslegung zum Schluss, dass das vom Initiativtext suggerierte Ziel, nämlich die Stadt Zürich bis auf wenige Ausnahmen vom motorisierten Individualverkehr zu befreien, von vornherein nicht verwirklicht werden könne, da ein vielbefahrenes Netz von Strassen in Zürich bestehe, bei denen nur der Bund oder der Kanton Zürich die Kompetenzen hätte, weitgehende Fahrverbote auszusprechen. Ein Erfolg an der Urne könne also höchstens eine punktuelle Reduktion des Verkehrs in der Stadt Zürich zur Folge haben, was nicht dem Ziel des Initiativtextes und des Abstimmungsgegenstands entspreche. Da die Stimmberechtigten der Stadt Zürich einen Anspruch darauf hätten, nur über Initiativen abzustimmen, welche nicht von vornherein übergeordnetem Recht widersprechen, verstosse diese Initiative gegen Art. 34 BV und müsse ungültig erklärt werden. Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gut, soweit es darauf eintritt.

## 2.2 Kantonale Entscheide

*keine*

## 2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

*keine*

## 3. Neue Volksinitiativen



### Überblick hängige Volksinitiativen<sup>1</sup>

- Initiativen im Sammelstadium (15) (0)
- In Auszählung (0) (-1)
- Beim Bundesrat hängig (8) (+1)
- Beim Parlament hängig (7) (-3)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen (4) (+3)

---

<sup>1</sup> Stand 30.06.2020.



*Verfügung der Bundeskanzlei vom 2. Juni 2020*

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)“ ist mit 103 761 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative verlangt die Einführung einer Kostenbremse im Gesundheitswesen, welche dafür sorgen soll, dass sich die Gesundheitskosten in Zukunft parallel zur schweizerischen Gesamtwirtschaft und den Durchschnittslöhnen entwickeln soll.<sup>2</sup> ([BBI 2020 4772](#))



*Einfacher Bundesbeschluss vom 19. Juni 2020*

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Das Parlament empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2020 5509](#))



*Einfacher Bundesbeschluss vom 19. Juni 2020*

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Das Parlament empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2020 5505](#))



*Einfacher Bundesbeschluss vom 19. Juni 2020*

Die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Das Parlament empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2020 5507](#))

#### 4. Publikationen



BOOS ANNA/POMPE NATALIE MICHÈLE, Die demokratische Legitimität der Anwendung Künstlicher Intelligenz in der Rechtsprechung, in: MEIER JULIA/ZURKINDEN NADINE/STAFFLER LUKAS (Hrsg.), Recht und Innovation, Innovation durch Recht, im Recht und als Herausforderung für das Recht, Analysen und Perspektiven von Assistierenden des Rechtswissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich (APARIUZ), Band 21, Zürich/St. Gallen 2020, S. 243 ff. ([Verlag](#))



DRIZA MAURER ARDITA, Digital Technologies in Elections, Questions, lessons learned, perspectives, Strasbourg 2020 ([Link](#))



GLASER ANDREAS, Das Institutionelle Abkommen Schweiz-EU – ein Fall für das obligatorische Staatsvertragsreferendum?, in: sui generis 2020, S. 210 ff. ([Link](#))



GLASER ANDREAS/FREI FLORIAN, Rechtswidrige Unterlistenverbindungen zwischen verschiedenen Parteien, in: ZBI 121/2020, S. 308 ff. ([Swisslex](#))

---

<sup>2</sup> Art. 117 Abs. 3 f. nBV.



GUNJIC IVAN, Die schweizerische Demokratie und «Fake-News», Eine Beurteilung der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz eidgenössischer Urnengänge vor Falschnachrichten durch private Akteure, in: MEIER/ZURKINDEN/STAFFLER (Hrsg.), S. 179 ff. ([Verlag](#))



MEUWLY OLIVIER, Démocratie et fiscalité: entre contrôle et extension de l'État en Suisse au XIX<sup>e</sup> siècle, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 70/1 2020 ([Website](#))



NICKERSON NICOLE/WUJOHKTSANG YOULO, Feminist Movements and the Critique of Human Rights, The Swiss Feminist Strike as Part of a Larger Movement, in: MEIER/ZURKINDEN/STAFFLER (Hrsg.), S. 229 ff. ([Verlag](#))

## 5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)  
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)  
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:  
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

### Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie  
Rechtswissenschaftliche Fakultät  
Universität Zürich  
[lst.kley@rwi.uzh.ch](mailto:lst.kley@rwi.uzh.ch)

### Redaktion

Sandro Trapani  
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley  
Michael Helbling, MLaw